

Liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>>

**SunEdison**, der weltweit grösste Betreiber von Solaranlagen, und **Abengoa**, ein Solartechnik-Gigant, meldeten letzte Woche Konkurs an. Zwei Firmen einer mit Staatsgeld verwöhnten Branche gehen Bankrott. Gläubiger, die meinten, ihr Geld in sichere, „nachhaltige“ Anlagen gesteckt zu haben, machen lange Gesichter. Unsere Massenmedien, stets zu Diensten, wenn irgendwo eine Fotovoltaik-Anlage eingeweiht wird, schweigen. Sie sind das Treibgas der grünen Blase: schwärmerisch, unkritisch, parteiisch.

Während es den Leuten dämmert, dass die „Energiewende“ bestenfalls eine Täuschung und wahrscheinlich ein Desaster ist, lanciert Bundesrätin Leuthard den **Energy Challenge**, eine kaum verhüllte Propagandamaschine für die Energiestrategie 2050.

Die bundesrätliche Kampagne erinnert an die selbstherrlichen Funktionäre im kommunistischen Ostdeutschland, die sich am 7. Oktober 1989 zum 40-jährigen Bestehen der DDR mit Pomp feiern liessen. Nur fünf Wochen später, am 9. November, fiel in Berlin die Mauer, und alle merkten: der Kaiser ist nackt...

Eine sanfte Landung nach der Ablehnung der Energiestrategie 2050 könnte so aussehen: 1. Keine neuen Subventionszusagen für dezentrale Stromerzeuger, denn jeder weitere Tag im bestehenden Förderregime bringt weiteren Schaden, 2. Vorübergehender Schutz der inländischen Stromproduktion vor ausländischem Dumping. 3. Befreiung der Köpfe und Herzen von der Illusion einer Energiewende. Das geht übrigens ohne den Staat.

Mit freundlichem Gruss, Lukas Weber

PS zum Bankrott von SunEdison und Abengoa: Wenn Sie sich fragen, warum der Staat ein schlechter Investor ist, dann dürfte Sie [dieses exzellente Kurzvideo](#) (auf Englisch) interessieren.

## Verblendet

Bundesrätin Leuthard ruft auf, die Energiestrategie 2050 „durchzuziehen“, und verteidigt ausgerechnet jene Politik, die die Stromwirtschaft in deren verzweifelte Lage gebracht hat.

>> [mehr](#)

>> [Kommentar von Alliance Energie](#)

## Widerstand

Bündner Energiepolitiker fordern neue Wege bei der Förderung der Wasserkraft und wehren sich gegen Marktverzerrungen aufgrund der ausländischen Energiepolitik.

>> [mehr](#)

## Widerstand (2)

Die Stiftung Landschaftsschutz kritisiert das Festhalten des Nationalrats an der Verletzung geschützter Landschaften und stellt fest, dass sie für den Ausbau der Windkraft gar nicht nötig wäre.

>> [mehr](#)

>> [Bayerns 10-H-Regel für Windräder vor Gericht](#)

## Niedergang

Der Gewinn des Stadtberner Energieversorgers EWB ist weiter eingebrochen. Das 2013 in Betrieb genommene Gaskraftwerk Forsthaus hat erneut 8 Millionen Franken an Wert verloren. (vgl. Newsletter 8/2015)

>> [mehr](#)

>> [Berne Energiedirektorin Barbara Egger \(SP\) möchte Wasserkraft finanziell entlasten](#)

## Teufelspakt

Der Stadtbasler Energieversorger IWB bezahlt dem WWF jährlich über 100 000 Franken, um dessen Logo benutzen zu dürfen. Zudem verpflichtet sich IWB, Basels Strom- und Wärmeverbrauch jedes Jahr zu senken.

>> [mehr](#)

>> [weitere Informationen zum Deal](#)

[>> BaZ-Chefredaktor Markus Somm über Basels rot/grünen Biedermeier](#)

## **Ende der Wende**

Christoph Blocher fordert, dass die Energiewende rückgängig gemacht werde, und appelliert an die Wirtschaft, das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 zu prüfen.

[>> Interview \(7. und 6.letzte Frage\)](#)

## **Ende der Wende (2)**

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo erklärt, ihre Motivation für den Einstieg in die Politik sei die verfehlte Energiepolitik, und kündigt ihre Unterstützung des Referendums gegen die Energiestrategie 2050 an.

[>> Interview \(ab 44'55“\)](#)

## **Energiewende verteuert Stromnetz**

Zwei Drittel des anstehenden Bauaufwands am schweizerischen Stromnetz sind laut Bund direkt durch die Energiewende verursacht.

[>> mehr](#)

## **Energiewende braucht fossile Kraftwerke**

Die deutschen Stadtwerke Ulm möchten ein Gaskraftwerk bauen, um den Wegfall der AKW auszugleichen, und sucht dafür Subventionen. Süddeutschland benötigt neue fossile Kraftwerke von der Leistung zweier AKW.

[>> mehr](#)

[>> Der Kohlestrom wird laut Öko-Institut trotz Ausbau von Sonnen- und Windenergie nicht weniger](#)

## **Stimmung**

Drei von vier Schweizern beurteilen eine Energiewende positiv. Nur einer von acht erkennt die wirtschaftlichen Nachteile, die der Schweiz daraus erwachsen.

[>> mehr](#)

[>> vollständige Studie](#)

## **coup de grâce**

La loi française de transition énergétique adopté à l'été 2015 pose une équation à visée politique, mais insoluble au plan industriel.

>> [mehr \(auf Französisch\)](#)

## **\*\*\*Wirklicher Fortschritt\*\*\***

Essay über den zivilisatorischen Rückschritt einer von Sonne und Wind abhängigen Energieversorgung (mit interessanten Zahlen).

>> [mehr](#)

## **\*\*\*Der exzessive Staat verdriesst die Bürger\*\*\***

«Das Paradox des grenzenlosen politischen Aktivismus besteht darin, dass der Staat, wenn er sich überall einmischt, nicht in der Lage ist, die Bevölkerung zufriedenzustellen. Er wird vielmehr zum allzeitig verhassten Feind, da er Verdruss und enttäuschte Erwartungen anhäuft.» – Pierre Bessard, Direktor des Liberalen Instituts